

ROTER HAHN

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

AUSGABE 83

MÄRZ 2020



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Coronavirus hat unser Leben innerhalb weniger Tage dramatisch und in einem bisher noch nicht erlebten Ausmaß verändert. Die Folgen werden über Monate, vielleicht sogar Jahre zu spüren sein. Jetzt ist es wichtig, solidarisch zusammen zu stehen - in der Nachbarschaft, in unserer Gesellschaft, aber auch weltweit. Nach der Überwindung der Krise müssen auch kritische Fragen gestellt werden - zu den Ursachen und darüber, wie wir uns auf solche Krisensituationen gerade im Gesundheitswesen besser vorbereiten können und müssen.

Selbst wenn die Corona-Debatte derzeit alles überlagert, sind viele andere Fragen und Probleme nicht vom Tisch, sie wurden nur verdrängt. Dazu gehören für mich viele soziale Ungerechtigkeiten in unserem Land, aber auch die Situation der Flüchtlinge an der türkisch-griechischen Grenze sowie auf den ägäischen Inseln, die weiterhin bestehenden militärischen Konflikte, der zunehmende Rechtsextremismus in Deutschland und die immer spürbarer werdenden Klimaveränderungen.

Diesen Herausforderungen muss sich auch DIE LINKE noch konsequenter stellen, im Parlament und mit außerparlamentarischen Aktionen.

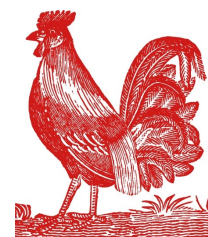
Aktuell geht es vor allem darum, Menschen zu schützen, Leben zu retten und die gesellschaftlichen, sozialen sowie ökonomischen Folgen der Corona-Krise möglichst in Grenzen zu halten, meint

Ihr/Euer

Krisenvorsorge erfordert Umdenken in der Gesundheitspolitik

Am 13. März standen das 2. THW-Gesetz und vier weitere Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung. André Hahn verwies in seiner nur dreiminütigen Redezeit zuerst auf das Thema der Risikoanalyse. Bereits im Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 (Drucksache 17/12051 vom 3. Januar 2013) wurde ein Szenario beschrieben, das uns dieser Tage sehr bekannt vorkommt. Dabei geht es um ein neuartiges Virus, das den Namen „Virus Modi-SARS“ erhielt. Es wird durch Reisende aus Asien eingeführt, wo es auf einem Wildtiermarkt auf Menschen überggesprungen war. Das fiktive Virus ist hochinfektiös und breitet sich auch in Deutschland schnell aus. Die Symptome des neuen Virus sind Fieber und trockener Husten. Zum Höhepunkt der ersten Infektionswelle nach circa 300 Tagen sind ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland an diesem Virus erkrankt. Im Bericht aus dem Jahr 2012 heißt es weiter: „Das Gesundheitssystem wird vor immense Herausforderungen gestellt, die nicht bewältigt werden können.“ Wurden daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen? Statt der empfohlenen Erhöhung der Bettenzahl in Krankenhäusern, vor allem im Intensivbereich, sind (auch in Sachsen) Betten reduziert worden. Hier wird deutlich, dass wir dringend einen Politikwechsel weg von Privatisierung und Profitdenken brauchen. Das Gesundheitswesen muss endlich als Teil der Grundversorgung und staatliche Kernaufgabe verstanden werden.

Der Änderung des 2. THW-Gesetzes hat DIE LINKE zugestimmt, auch weil die Forderung nach dem Verzicht auf eine Kostenerstattung, wenn Kommunen das THW anfordern, umgesetzt worden ist. Alle Hilfs- und Rettungskräfte verdienen Dank und Anerkennung. Mehr zum Gesetz in der [Rede von André Hahn](#) in der 1. Lesung am 6. März 2020.



TERMINE MIT ANDRÉ HAHN

Fast alle im März und April geplante Termine sind inzwischen abgesagt, zumeist durch behördliche Vorgaben. Das betrifft Termine im Wahlkreis, Sprechstunden, Sportveranstaltungen, Veranstaltungen der LINKEN ebenso wie Termine im Bundestag oder im Kreistag.

Nach aktuellem Stand wird der Bundestag in der kommenden Woche mit reduzierter Tagesordnung und Teilnehmerzahl tagen, und es wird zu klären sein, wie die politische Handlungsfähigkeit gewährleistet werden kann.

Wir hoffen, möglichst bald auch wieder über den ROTEN HAHN verlässliche Terminankündigungen veröffentlichen zu können. Bis dahin arbeiten wir von zu Hause aus weiter und sind per E-Mail sowie telefonisch erreichbar.

Alles Gute für Ihre/Eure Gesundheit!

Griechenland bricht internationales Recht

„Die Aussetzung des Asylrechts durch Griechenland ist ein eklatanter Bruch internationalen Rechts“, so [André Hahn in seiner Rede am 12. März](#) zum AfD-Antrag „Grenzen sichern“. DIE LINKE fordert, die illegalen Abschiebungen in die Türkei sofort zu stoppen! Deutschland muss und kann Geflüchteten helfen!

Fakt ist: An der türkisch-griechischen Grenze spielen sich gegenwärtig dramatische Szenen ab: Familien mit kleinen Kindern werden von der griechischen Polizei mit Tränengas und Blendgranaten beschossen. Die griechische Küstenwache gibt, anstatt zu helfen, Warnschüsse auf Flüchtlingsboote ab und riskiert mit gefährlichen Manövern, dass diese kentern. In einem beispiellosen Vorgang setzt die griechische Regierung das Asylrecht außer Kraft und lässt Schutzsuchende, die es nach Europa geschafft haben, ohne Prüfung der Fluchtgründe zurück in die Türkei abschieben. Das Vorgehen Griechenlands ist zudem eklatant rechtswidrig, und die Bundesregierung weiß das ganz genau. Doch anstatt das zu kritisieren, nennt Innenminister Seehofer das Vorgehen Griechenlands an der Grenze „sehr gut“ und bezeichnet die Aussetzung des Asylrechts wider besseres Wissen gar als „in Ordnung“. Das ist für DIE LINKE völlig inakzeptabel. Der sogenannte Flüchtlingsdeal war ein schwerer Fehler. Deutschland darf sich von Erdogan weder erpressbar machen noch erpressen lassen. Schon deshalb verbietet sich jede Neuauflage oder Überarbeitung dieses Abkommens.

30. Jahrestag der Volkskammerwahl am 18. März 1990

Am 12. März trafen sich anlässlich des 30. Jahrestages der Volkskammerwahl am 18. März 1990 auf Einladung der Fraktion DIE LINKE ehemalige Volkskammer- sowie Bundestagsabgeordnete der PDS im Reichstagsgebäude. Es kamen viele frühere Weggefährten wie Hans Modrow, Christa Luft, Täve Schur, Dagmar Enkelmann,



Barbara Höll, Heidi Knake-Werner, Heinrich Fink, Martina Bunge und Petra Bläss. Auf dem Foto Klaus-Jürgen Warnick (MdB von 1994-1998), Ilja Seifert (Mitglied der Volkskammer 1990 und MdB von 1991-1994, 1998-2002 und 2005-2013) sowie André Hahn (MdB seit 2013), mit denen ich das Glück und die Freude hatte, zu den unterschiedlichen Zeiten zusammen zu arbeiten. Am Abend wurde durch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble im Paul-Löbe-Haus noch eine [Ausstellung zur Volkskammerwahl](#) eröffnet. Mit dem Jubiläum verbindet sich auch die Erinnerung an den Runden Tisch, an dem André



Hahn als Vertreter der PDS saß. Wer mehr über diese Zeit erfahren möchte, dem sei sein Buch „Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht-Politische Kultur im letzten Jahr der DDR.“ mit einem Vorwort von Gregor Gysi (verlag am park) empfohlen. Restexemplare (5 EUR) können über unser Büro bestellt werden.

André Nowak



IN KÜRZE

Mit einem Antrag [„Rassismus bekämpfen – Rechten Terror aufhalten – Opfer schützen“](#) (Drs. 19/17770) fordert DIE LINKE eine nachhaltige Strategie der Sicherheitsbehörden gegen einen zunehmenden Terror von rechts, die Absicherung der Präventionsprojekte gegen die extreme Rechte, ein Demokratiefördergesetz und die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

*

Zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Rechtsextremismus im Fußball“ lud der Sportausschuss am 4. März in den Bundestag ein. Die Stellungnahmen der Sachverständigen, den Mitschnitt und weitere Infos gibt es auf der [Homepage des Bundestages](#).

*

Um strengere Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Luftverkehr ging es im Bundestag am 5. März. Nach [Auffassung von André Hahn](#), z.B. mit dem Zugriff auf das Zentrale Verfahrensregister der Staatsanwaltschaften, schießt die Bundesregierung in einigen Punkten weit über das eigentliche Ziel hinaus, ohne einen nennenswerten Sicherheitsgewinn zu erzielen. Auch in diesem Bereich muss der rechtsstaatliche Grundsatz gelten, dass der Zweck nicht alle Mittel heiligt!

*

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Redaktionsschluss: 18.03.2020
Redaktion: André Nowak